

Stadt Heidelberg

Antrag Nr.:

0060/2012/AN

Antragsteller: BL, Grüne/gen.hd

Antragsdatum: 11.07.2012

Federführung:

Dezernat II, Amt für Stadtentwicklung und Statistik

Beteiligung:

Betreff:

**Bürgerbeteiligung;
hier: weitere Maßnahmen**

Antrag

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 30. April 2013

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Beratungsergebnis:	Handzeichen:
Gemeinderat	25.07.2012	Ö		
Haupt- und Finanzausschuss	10.04.2013	Ö		
Gemeinderat	23.04.2013	Ö		

Antrag Nr.:

0060/2012/AN

00224491.doc

...

Der Antrag befindet sich auf der Seite 3.1

Sitzung des Gemeinderates vom 25.07.2012

Ergebnis: verwiesen in die Ausschüsse

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 10.04.2013

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 10.04.2013

8 **Bürgerbeteiligung;** **hier weitere Maßnahmen** Antrag 0060/2012/AN

Stadträtin Stolz erläutert, die Anträge der BL/LI (Anlagen 01, 02 und 04 zur Drucksache 0060/2012/AN) verfolgen alle die Intention, die Politikverdrossenheit abzubauen und mehr Verständnis für die Arbeit der Verwaltung und des Kommunalparlaments zu erreichen. Sie geht ausführlich auf die Begründungen der Anträge ein.

Sie erkenne jedoch die Bemühungen des Landes hinsichtlich einer Informationsfreiheitssetzung dahingehend an, dass eine Zurückstellung des Antrages (Anlage 01 zur Drucksache 0060/2012/AN) bis nach der Sommerpause aus Ihrer Sicht möglich wäre. Wenn bis dahin jedoch keine konkreten Schritte der Landesregierung zu erkennen seien, sollte der Antrag wieder aufgenommen werden.

Ebenso könne der Antrag zur Besetzung von Preisgerichten (Anlage 04 zur Drucksache 0060/2012/AN) zurückgestellt werden, da die Verwaltung eine Vorlage diesbezüglich noch vor der Sommerpause zugesagt habe.

Der Antrag A02 zur Drucksache 0060/2012/AN sollte jedoch abgestimmt werden, da der Beschlussvorschlag der Verwaltung lediglich einen Bruchteil der beantragten Punkte enthalte.

Oberbürgermeister Dr. Würzner fasst zusammen:

- **Antrag Anlage A01 zur Drucksache 0060/2012/AN wird** bis nach der Sommerpause **zurückgestellt**.
- **Antrag Anlage A04 zur Drucksache 0060/2012/AN wird zurückgestellt**, bis eine Vorlage der Verwaltung zum Thema Besetzung von Preisgerichten vorgelegt wird (Zusage: noch vor der Sommerpause).

Antrag Anlage 02 zur Drucksache 0060/2012/AN (Appell an die Landesregierung zur Novellierung der Baden-Württembergischen Gemeindeordnung hinsichtlich der Themen Bürgerbegehren, Bürgerentscheid und Informationszugang für die Bürgerinnen und Bürger) **wird** von Oberbürgermeister Dr. Würzner **zur Abstimmung gestellt**.

Abstimmungsergebnis: abgelehnt mit 3 : 7 : 2 Stimmen.

gezeichnet
Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: Antrag wurde behandelt

Sitzung des Gemeinderates vom 23.04.2013

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 23.04.2013

18 **Bürgerbeteiligung;** **hier weitere Maßnahmen** Antrag 0060/2012/AN

Oberbürgermeister Dr. Würzner weist auf das Ergebnis der Haupt- und Finanzausschuss-sitzung vom 10.04.2013 hin:

Dort wurden die drei Anträge, die von Bunte Linke/Die Linke gestellt wurden, folgendermaßen behandelt:

- **Antrag Anlage A 01 zur Drucksache 0060/2012/AN (Informationsfreiheits-Satzung für die Stadt Heidelberg) wird bis nach der Sommerpause zurückgestellt.**
- **Antrag Anlage A 04 zur Drucksache 0060/2012/AN wird zurückgestellt**, bis eine Vorlage der Verwaltung zum Thema Besetzung von Preisgerichten vorgelegt wird (Zusage: noch vor der Sommerpause).

Antrag Anlage A 02 zur Drucksache 0060/2012/AN (Appell an die Landesregierung zur Novellierung der Baden-Württembergischen Gemeindeordnung hinsichtlich der Themen Bürgerbegehren, Bürgerentscheid und Informationszugang für die Bürgerinnen und Bürger **wurde abgelehnt**).

Es melden sich zu Wort: Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz, Stadträtin Rabus, Stadträtin Prof. Dr. Schuster

Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz hält an seinem im Haupt- und Finanzausschuss abgelehnten **Antrag** fest und begründet diesen ausführlich. Sollte dieser Antrag keine Mehrheit erreichen, würde die Bunte Linke/Die Linke der Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses (der im Wesentlichen durch die Ergänzung von Stadtrat Cofie-Nunoo beeinflusst sei) mit großen Vorbehalten zustimmen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Stadt Heidelberg schlägt der Landesregierung vor, alsbald ein Gesetz zur Novellierung der Baden-Württembergischen Gemeindeordnung im Landtag einzubringen.

Die Stadt Heidelberg schlägt dem Landtag vor, die Gemeindeordnung zu novellieren, mit folgenden Zielen:

Bürgerbegehren, Bürgerentscheid

Bürgerbegehren und Bürgerentscheide werden zu einem wirksamen Instrument der Bürgerbeteiligung gemacht:

- Das Unterschriftenquorum für ein Bürgerbegehren wird auf weniger als 5 von Hundert Bürgern gesenkt. Dabei wird ein mit der Einwohnerzahl der Gemeinden deutlich fallender Anteil festgesetzt.

- Die Fristen zur Vorlage der Unterschriften für ein Bürgerbegehren, das sich gegen einen Gemeinderatsbeschluss richtet, betragen drei Monate. Die Antragsteller müssen spätestens vier Wochen nach dem Gemeinderatsbeschluss dem Bürgermeister bekannt machen, dass sie einen Antrag auf ein Bürgerbegehren einbringen wollen.
- Das Zustimmungsquorum beim Bürgerentscheid entfällt.
- Die Gemeinden erhalten die Möglichkeit, in der Hauptsatzung festzusetzen, dass Investitionsprojekte und dauerhafte neue Ausgaben ab einer bestimmten Größenordnung obligatorisch einem Bürgerentscheid unterworfen werden.
- Die Bauleitplanung wird wieder Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden zugänglich gemacht.

Informationszugang für die Bürgerinnen und Bürger

- Die rechtlichen Voraussetzungen für eine Bürgerinformationssatzung auf kommunaler Ebene werden geschaffen, sofern sich dies als erforderlich erweist.
- Die Sitzungen von vorberatenden Ausschüssen des Gemeinderates tagen öffentlich, sofern letztlich in öffentlicher Sitzung entschieden wird.
- Das Protokoll von Gemeinderatssitzungen kann außer in Schriftform auch als Audiodatei erstellt werden. Werden Audiodateien öffentlicher Sitzungen zur Erstellung eines schriftlichen Protokolls gefertigt, erhalten die Bürgerinnen und Bürger auf Antrag und gegen Erstattung der Kosten Auszüge aus diesen Dateien.
- Die Gemeinde kann zur Information ihrer Bürger öffentliche Gemeinderatssitzungen direkt übertragen oder Videodateien der öffentlichen Gemeinderatssitzungen erstellen, und sie über das Internet zugänglich machen.
- Der Gemeinderat kann mit einem Viertel seiner Mitglieder sachkundige Bürgerinnen und Bürger und Experten zur Beratung zuziehen. Entsprechendes gilt für die Bezirksbeiräte.
- Die Bezirksbeiräte tagen grundsätzlich öffentlich. Sie können zu Beginn ihrer Sitzung eine Bürgerfragestunde durchführen.

Abstimmungsergebnis: abgelehnt mit 2 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen

Arbeitsauftrag an die Verwaltung:

Zurückgestellter Antrag Anlage A 04 - eine Vorlage zum Thema „Besetzung Preisgericht“ wird noch vor der Sommerpause vorgelegt.

Zurückgestellter Antrag Anlage A 01 „Informationsfreiheitsatzung“ wird von der Verwaltung nach der Sommerpause wieder aufgegriffen.

gezeichnet
Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: Antrag wurde behandelt mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

Abbildung des Antrages:

05/07/2012 11:36 062216582589 STOLZ HD S. 01

Heidelberg, den

An Herrn
Oberbürgermeister Dr. E. Würzner
Rathaus
69117 Heidelberg
Fax 5810590

01/OB-Referat SD			
05. JULI 2012			
01	GR	BB	Proto

Tagesordnungspunkt für den Gemeinderat

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

ich/ wir beantrage(n) folgenden Tagesordnungspunkt für die nächste Sitzung des Gemeinderates:

Bürgerbeteiligung; hier: weitere Maßnahmen

- Appell an die Landesregierung und den Landtag zur Änderung der Gemeindeordnung
- Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten von Bürgerinitiativen
- Andere

Wir beabsichtigen, demnächst zu diesen Punkten Sachanträge einzubringen.

Mit freundlichen Grüßen,

**gezeichnet BL/LI,
gezeichnet Fraktionsgemeinschaft Grüne/gen.hd**

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
A 01	Inhaltlicher Antrag der BL/LI vom 25.09.2012
A 02	Inhaltlicher Antrag der BL/LI vom 03.10.2012
A 03	Schreiben des Oberbürgermeisters vom 24.10.2012 (Vertraulich - Nur zur Beratung in den Gremien!)
A 04	Antrag Bunte Linke / Die Linke vom 11.12.2012